

Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2019/3227

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-neu

Dezernat/Fachbereich/AZ

17.10.19 **Datum**

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bürger- und Umweltausschuss	14.11.2019	Beratung	öffentlich
Personal- und Organisationsaus- schuss	22.11.2019	Beratung	öffentlich
Finanz- und Rechtsausschuss	02.12.2019	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	16.12.2019	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Jobticket für alle städtischen Töchter

- Erteilung von Weisungen gem. § 113 Abs. 1 GO NRW
- Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.19

Anlage/n:

3227 - Antrag

SPD-FRAKTION I IM RAT DER STADT LEVERKUSEN

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b 51373 Leverkusen Telefon 0214 – 311 985 202 Telefax 0214 – 311 985 200 fraktion@levspd.de www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 11. Oktober 2019 jf/gt/F.4-121

Antrag: Jobticket für alle städtischen Töchter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der zuständigen Gremien:

Die Vertreter in den Gesellschaftsversammlungen, Aufsichtsräten und Verwaltungsräten der städtischen Töchterunternehmen und der Sparkasse werden angewiesen darauf hinzuwirken, dass schnellstmöglich, spätestens jedoch bis zum 31.12.2019, Jobtickets für den öffentlichen Nahverkehr zugunsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingeführt werden.

Begründung:

"Die Mobilitätswende ist in vollem Gange!" Wer sich mit dem aktuellen Tagesgeschehen beschäftigt, wird diese Aussage schon so oft gehört haben, dass man ihr mittlerweile den Charakter eines geflügelten Wortes unterstellen könnte. Unberechtigt ist das ganze jedoch nicht, denn insbesondere in unserer Stadt hat sich im Thema Mobilität in der jüngsten Vergangenheit wortwörtlich eine Menge bewegt.

Busspuren, Mobilitätsstationen, Radwege und neue (Bus-)Bahnhöfe sind dabei nur einige der Maßnahmen, die bereits beschlossen sind und gerade umgesetzt werden bzw. auf ihre Umsetzung warten. Übergeordnetes und langfristiges Ziel dahinter ist die Schaffung von gleichwertigen Alternativen zum Auto.

Wir können jedoch von niemandem verlangen, auf das Auto zu verzichten, wenn wir als Stadt nicht selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Von daher ist es nur konsequent, wenn wir für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer städtischen Töchterunternehmen Jobtickets einführen. Damit sorgen wir dann nicht nur für Entlastung auf unseren Straßen und Parkplätzen, sondern steigern die Attraktivität unserer städtischen Unternehmen als Arbeitgeber und verringern gleichzeitig noch die Schadstoffbelastung.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Ippolito

Fraktionsvorsitzender

Oliver Ruß

Personalpolitischer Sprecher